

Vor allem vorsichtig

Referat von Johann Aeschlimann, Mitglied des Vorstands der SGA-ASPE

Ich rede als Bürger – vielleicht stellvertretend für jene, die wissen möchten, wie die offizielle Schweiz sich in der Welt sieht und positioniert – und sicher stellvertretend für die Medien. Die einzige Publikation, die hingeschaut hat, waren wir, die SGA-ASPE mit unserer Wochenchronik «Schweiz im Sicherheitsrat». Dabei ist das Sicherheitsratsmandat eine einzigartige Gelegenheit zu beobachten, welche Rolle die Schweiz auf der globalen Ebene einnehmen will, welche sie spielt und wie sie diese ausführt.

Was die Schweiz in New York «erreicht» hat, ist so gesehen die falsche Frage. Sie ist auch rasch beantwortet: nicht viel, da im Moment dort kaum etwas zu erreichen ist. Die Dinge sind blockiert, im zweiten Mandatsjahr noch mehr als im ersten. Ein Beispiel ist Nordkorea, wo die Schweiz als Präsidentin des Sanktionsausschusses fungiert. Im ersten Mandatsjahr wurde das Sanktionsarrangement noch einstimmig durchgewunken, im zweiten zogen die Russen mit einem Veto dem zugeordneten Expertengremium den Stecker. Damit war der Ausschuss kastriert und die Schweiz auf die Rolle eines Eunuchen reduziert.

Teamarbeit

Wo etwas erreicht worden ist, geschah es im Team. Sicherheitsmitgliedschaft ist für die gewählten, nichtständigen Staaten – die E 10 - ein Mannschaftssport, wie Markus Heiniger ausgeführt hat. Hier sahen wir eine echte Veränderung: Mit der Resolution 2728 (März 2024) haben die E 10, zum ersten Mal eine gemeinsame Resolution zu einem sogenannt geographischen Thema ein- und durchgebracht. Gestern legten sie einen zweiten Text vor, der am Veto der USA gescheitert ist. Das ist ein Meilenstein, aber keiner, den die Schweiz allein gesetzt hat. Auf unsere Fragen antwortete das EDA, der Erfolg habe viele Väter, es seien alle beteiligt gewesen. Das ist klug, denn die politische Spannweite innerhalb der E10 ist riesig, und die Tatsache, dass ein Vorschlag – ein lendenlahmer, zugegeben – zustande kam, ist eine grosse diplomatische Leistung. Ich gehe davon aus, dass die Sätze zum humanitären Völkerrecht im Text aus der Küche Berns stammen. Ob es mehr gewesen ist, kann ich nicht beurteilen. Wir

wurden informationsmässig sowohl in Bern wie in New York auf Armeslänge gehalten und verfügen über kein Insiderwissen. Vielleicht wird die amtlich begleitete wissenschaftliche Aufarbeitung des Mandats mehr zu berichten wissen.

In mehreren Bereichen hat die Schweiz den Stafettenstab von Vorgängern in die Hand genommen und wird ihn weiterreichen. In einem Bereich, «Wissenschaft und Diplomatie» hat sie zudem versucht, ein Thema in den Rat hineinzutragen. Das ist nicht zu unterschätzen, denn «Wissenschaft» zielt hier nicht nur auf die rasant fortschreitenden Zukunftstechnologien, sondern auch auf «Fakten und Daten». Wir wissen alle, dass die Politik mittlerweile auch «alternative Fakten» in die Auseinandersetzungen bringt, und es ist abzusehen, dass die Rolle der UNO als Faktengarant in der Welt erodiert. Die Stichworte sind Gaza oder Ukraine.

Dreierlei Zeitenwenden

Das Schweizer Mandat fällt in eine Periode dreier tiefgreifender Veränderungen. Die erste betrifft Europa. Der russische Angriff auf die Ukraine stellt Europa vor die Frage, wie und womit es sich gegen den gefährlichen Nachbarn verteidigen will. Die zweite ist der weltweite Verfall des Kriegsrechts, das von keiner kriegführenden Partei mehr eingehalten wird. Die dritte Veränderung ist die Rückkehr zum nationalen Egoismus und die Abkehr von der gemeinsamen Problemlösung auf dem Globus, dem Multilateralismus. Zu beobachten ist einerseits ein Wettstreit zwischen Russland und dem sogenannten «Westen» um die Deutungshoheit, und andererseits Signale, beispielsweise seitens Israels, die UNO aufzugeben und zu verlassen.

Was hat die Schweiz auf dieser Ebene geboten? Die Bilanz ist durchwachsen.

Zu den Herausforderungen Europas hatte sie schlicht nichts zu sagen, und wir wissen alle warum. Was das humanitäre Völkerrecht betrifft, so ist es der rote Faden der schweizerischen Positionierung im Sicherheitsrat. Bei jeder Gelegenheit hat die Schweiz ihr Mantra wiederholt, dass es überall eingehalten werden müsse, dass Angriffe auf zivile Einrichtungen nie rechtmässig sind, dass die Proportionalität im kriegerischen Vorgehen zu wahren ist. Auch der radikalsten Auslegung hat sie eine Stimme gegeben und wiederholt gesagt, das Kriegsrecht sei auch dann anzuwenden, wenn die Gegenseite sich nicht daran hält. Das war auf die Situation in Gaza gemünzt und zielte direkt auf die Argumentation der israelischen Regierung und ihrer Parteigänger auch in der Schweiz. Bemerkenswert ist hier, dass solche Stellungnahmen weder in Bern, wo regiert wird, noch in Zürich, wo die Meinungen gemacht werden, irgendwelche Wellen geschlagen haben.

Zur dritten Problematik, Verfall des Multilateralismus, hat die Schweiz ebenfalls Stellung bezogen. Sie hat wiederholt den «Pakt für die Zukunft» propagiert, den die UNO-

Generalversammlung soeben verabschiedet hat. Sie hat auch darauf bestanden, dass der Sicherheitsrat in Konflikten, wo er blockiert ist, engagiert und aktiv bleibt.

Das ist alles recht und gut. Aber reicht es – unsere Eingangsfrage - aus, um dem Bürger Aufschluss zu geben, was die Schweiz will und was sie nicht möchte? Die Sprache, die verstanden wird, hat die Schweiz nicht gesprochen. Es wäre die klare Sprache der IKRK-Präsidentin, deren Op-Ed in der New York Times mit «the world needs neutrals» betitelt wurde. Jener Artikel wie auch ihre Stellungnahmen vor dem Rat waren ebenso eindringliche wie eingängige Appelle gegen die laufende Einteilung der Welt in kriegsbereite Blöcke – dafür, was früher einmal «aktive Neutralität» hiess - und sie enthielten nichts, was die offizielle Schweiz, die Hüterin der Genfer Konventionen, nicht auch hätte sagen können. Sie tat es nicht. Sie trug ihr Plädoyer für das humanitäre Völkerrecht so vor wie ein Pfarrer, der am Sonntag die Unvollkommenheit des Irdischen beschwört und werktags dafür sorgt, dass die Kirche im Dorf bleibt.

Die Schweiz verhält sich im Sicherheitsrat so, wie sich ein aufs Vorankommen bedachter Bundespolitiker in Bern verhält. Der will vor allem keine Fehler machen. Er ist vorsichtig. Die Schweiz hat im Sicherheitsrat keine Fehler gemacht, und sie war vor allem eines: vorsichtig. Sie hat sich in New York so verhalten wie sie in Bern ist.